Zum Vorwärts-Konflikt

Eine Darstellung auf Grund der vorliegenden Dokumente und Protokolle

Berlin 1916
Herausgegeben vom Parteivorstand

Vorwort

Die Entstehung und der Verlauf des „Vorwärts"-Konflikts zwischen den Berliner Parteikörperschaften und dem Parteivorstand werden in Wort und Schrift unausgesetzt so unwahrhaftig geschildert, daß eine ausführliche Darstellung auf Grund der vorliegenden Protokolle und Dokumente unerläßlich geworden ist. Das Verhalten des Parteivorstandes ist in der ganzen Affäre absolut einwandfrei und von der einzigen Absicht diktiert gewesen, die Interessen der Partei zu wahren. Das wird für jeden objektiv urteilenden Genossen aus den nachfolgenden Darlegungen klar und deutlich hervorgehen.

Die Eigentumsverhältnisse.

Das „Berliner Volksblatt", der Vorläufer des „Vorwärts", wurde im Jahre 1884 auf Veranlassung der damaligen Parteileitung im Verlage von Max Bading herausgegeben. Die Berliner Organisation hatte mit der Herausgabe nichts zu tun. Sie verhielt sich dem Blatte gegenüber sehr abwartend. Gegen Ende 1886 verlangte sie die Uebergabe des Blattes in ihre Hände. Das wurde nicht grundsätzlich abgelehnt, aber eine Einigung nicht sofort erzielt. Darauf erfolgte die Gründung der „Volkstribüne", die allgemein als ein gegen das „Volksblatt" ins Leben gerufenes Unternehmen aufgefaßt wurde. Bis zum Jahre 1890 erforderte das „Volksblatt" Zuschüsse, die von Bading und Singer privatim geleistet wurden; von der Berliner Parteiorganisation wurde weder zur Gründung noch zur Erhaltung des Blattes irgendein Beitrag gegeben. Als im Jahre 1890 auf dem Parteitag in Halle die Frage des Zentralorgans für die Partei zur Entscheidung kam, wurde das „Volksblatt" bedingungslos der Gesamtpartei zur Verfügung gestellt. Max Bading behielt den treuhändigen Verlag des zum „Vorwärts" umgewandelten „Volksblattes" weiter, bis derselbe im Jahre 1902 mit seiner Zustimmung auf die neugegründete Gesellschaft „Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co." überging. In den letzten Jahren des „Volksblatts" war den Berliner Parteigenossen das Vorschlagsrecht bei Besetzung der Stellen in der Redaktion und Expedition eingeräumt worden. Ebenso wurde bereits auf dem Erfurter Parteitag im Jahre 1891 auf Antrag des 1. Berliner Wahlkreises den Berliner Parteigenossen die Kontrolle über den lokalen Teil des „Vorwärts" bewilligt, und auf dem Parteitag in Hamburg, im Jahre 1897, wurde diese Kontrolle ausgedehnt auf die taktische und prinzipielle Haltung sowie die Verwaltung des „Vorwärts" insofern, als die Einwände der Preßkommission dem Parteivorstand zur Erledigung übergeben wurden und vor Einstellung und Entlassung in Redaktion und Expedition der Preßkommission Mitteilung gemacht und deren Ansicht eingeholt werden solle. Auf dem Parteitag in Hannover im Jahre 1899 wurden diese Konzessionen an die Preßkommission abermals erweitert und im § 25 des Parteistatuts festgelegt. Das Eigentumsrecht des Parteivorstandes am „Vorwärts" ist aber in all den Jahren niemals bestritten oder auch nur diskutiert worden. Alle seit dem Jahre 1890 erzielten Ueberschüsse sind deshalb auch widerspruchslos an den Parteivorstand als den Eigentümer des Blattes abgeliefert worden. Die heute von gewisser Seite aufgestellte Behauptung, der „Vorwärts" sei Eigentum der Berliner Genossen, wird also

durch diese Tatsachen schon widerlegt; denn andernfalls wäre es doch widersinnig gewesen, daß die Berliner Genossen sich diese Konzessionen vom Parteitag erbeten hätten, wenn sie das Eigentumsrecht des „Vorwärts“ besessen hätten.

*

Auf Anregung der Berliner Parteigenossen wurde in den Jahren 1901 und 1902 die Errichtung einer eigenen Buchdruckerei zum Zweck der Herstellung des „Vorwärts“ und der übrigen Parteiarbeiten beschlossen, weil man den bei den Druckarbeiten erzielten Unternehmergewinn nicht Privatpersonen überlassen, sondern ihn für die Parteibewegung sichern wollte. Die Vorwärts Buchdruckerei wurde im Sommer 1902 in Form einer offenen Handelsgesellschaft gegründet, deren Inhaber Paul Singer, August Bebel und Eugen Ernst waren. In dem Gesellschaftsstatut wurde ausdrücklich bestimmt, daß alle etwa erzielten Gewinne ausschließlich zu sozialpolitischen Zwecken verwendet werden, daß keiner der Geschäftsinhaber irgendeinen Anspruch auf diesen Gewinn machen dürfe. Zur Kontrolle der Geschäftsführung wurden aus den Reihen der Berliner Parteigenossen und der Gewerkschaften 9 Schiedsrichter bestimmt, die über die Wahrung der im Gesellschaftsstatut festgelegten Grundsätze wachen und bei eventuellen Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern unter Ausschluß der bürgerlichen Gerichte zu entscheiden haben. Die Mittel zur Gründung dieser Druckerei wurden auf dem Wege von Darlehen aufgebracht. Zirka 125 000 Mk. wurden von einer Reihe Parteigenossen und Parteigenossinnen zur Verfügung gestellt, ebenso zirka 320 000 Mk. von den Berliner Gewerkschaftsorganisationen und weitere 63 000 Mk. von drei begüterten Berliner Genossen. Diese Darlehen wurden mit 4 Prozent verzinst und konnten nach einigen Jahren infolge der günstigen Entwicklung der Druckerei sämtlich zurückgezahlt werden. Von der Berliner Parteiorganisation wurden, wie bei dem „Volksblatt“, so auch zur Gründung der Druckerei, Geldmittel nicht hergegeben.

Mit der Entwicklung der Buchdruckerei Vorwärts stellte sich im Laufe der Jahre die Notwendigkeit der Erwerbung eines eigenen Grundstückes heraus und so wurde im Jahre 1912 die Aktien-Gesellschaft Lindenhaus gegründet, welche aus den Ueberschüssen der Vorwärts Buchdruckerei und unter Beihilfe einzelner Gewerkschaftsorganisationen die Grundstücke Lindenstraße 2 und 3 käuflich erwarb und das letzte Quergebäude für die Zwecke der Druckerei einem größeren Umbau unterzog. Auch zur Errichtung der Aktien-Gesellschaft wurde seitens der politischen Organisationen Berlins irgendein Beitrag nicht geleistet.

Aus dieser historischen Darstellung über die Gründung des „Volksblattes“, des „Vorwärts“, der Vorwärts-Buchdruckerei und der Aktien-Gesellschaft geht klar hervor, daß das Verlangen des jetzigen Zentralvorstands von Groß-Berlin, alle diese Institutionen in seine Verwaltung zu übernehmen und diejenigen Genossen, die eine andere politische Meinung haben, aus ihren Vertrauensposten bei denselben zu entfernen, unberechtigt ist.

Der Doppelcharakter des „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei und Berliner Lokalblatt.

Der „Vorwärts“ ist Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei und zugleich Berliner Lokalblatt. Es ist begreiflich, daß er im Laufe der Jahre vielfachen Angriffen ausgesetzt war; bald deshalb, weil er den Ansprüchen der Berliner Genossen nicht genügte, bald deshalb, weil er seinen Pflichten der Gesamtpartei gegenüber nicht nachgekommen ist. Es ist deshalb wiederholt angeregt worden, ihm den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, ohne daß der Plan verwirklicht worden ist. Immer wieder wurden neue Kompromisse geschlossen. Anfangs hatten die Berliner Genossen tatsächlich sehr wenig Einfluß auf den „Vorwärts“, weil er ausschließlich dem Parteivorstande unterstellt war. Später wurde beschlossen, daß den Berliner Genossen durch die Einsetzung einer Preßkommission der ihnen zuzubilligende Einfluß sichergestellt werden sollte. Das Organisationsstatut der Partei enthält seitdem folgende §§ 24 und 25:

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Mit der Einsetzung einer Preßkommission hörten die Klagen über den „Vorwärts“ nicht auf. Es wurde zugegeben, daß es nicht leicht sei, sowohl der Gesamtpartei als auch den Berliner Genossen vollkommen gerecht zu werden. Aber darüber gab es eigentlich niemals Meinungsverschiedenheiten, daß der „Vorwärts“, solange er Zentralorgan der Partei ist, auch die Aufgabe hat, den verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei nach Möglichkeit gerecht zu werden. Wilhelm Liebknecht, der Chefredakteur des „Vorwärts“, hat das wiederholt als selbstverständlich betont; so unter anderem auf dem Parteitag zu Gotha, wo er nach dem offiziellen Protokoll gesagt hat:

„Man wirft dem „Vorwärts“ vor, daß er oft keine Meinung hat und nicht zu allen Fragen Stellung nimmt, aber in diesem Punkte gerade zeigt sich der Unterschied zwischen einem Zentral- und einem Lokalblatt. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes, so wäre ich sicher der erste, der zu jeder Frage entschieden Stellung nimmt. Das Zentralblatt hingegen gehört der ganzen Partei, und wenn in der Partei verschiedene Strömungen herrschen, so halte ich als Chefredakteur des Zentralorgans mich nicht für berechtigt,

meine Meinung als die leitende Meinung hinzustellen. Ich habe es stets für meine Pflicht gehalten, den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen und abweichende Meinungen nicht vom Redaktionsstuhl herab zu verdammen oder gar zu exkommunizieren. . . .

Muß ich denn, wenn ich eine andere Meinung habe, gleich den Gegner für einen Esel oder Parteiverräter halten und mit Knüppeln auf ihn losgehen. Nein, das darf nicht sein. Ich habe da, wo es galt, die Partei zusammenzuhalten, stets zu vermitteln gesucht. Ich habe die Parteikämpfe in Frankreich und England gesehen und die Erfahrung gemacht, daß dort die Partei vielfach in ihrer Entwickelung gestört worden ist, weil Intoleranz herrschte und der Versuch, zu vermitteln und zu versöhnen, unterblieb."

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier die ganze Geschichte des „Vorwärts" zu schreiben; es muß genügen, wenn festgestellt wird, daß die Unzufriedenheit mit dem „Vorwärts" nicht geringer, sondern im Laufe der Zeit immer größer wurde. Ein Vergleich mit der übrigen Parteipresse fiel je länger desto mehr zuungunsten des „Vorwärts" aus. Auch seine rein journalistischen Leistungen gerieten in ein immer größeres Mißverhältnis zu seinen Ausgaben für die Redaktion. Der dem letzten Parteitag vor dem Kriege im Jahre 1913 zu Jena vorgelegte Rechenschaftsbericht wies folgende Jahresausgaben nach:

Redakteure		54 007,39	Mk.
Mitarbeiter:	Politik	28 231,35	„
	Soziales und Gerichtliches	7 375,93	„
	Gewerkschaftliches	6 148,30	„
	Versammlungen	1 870,10	„
	Lokales	8 048,50	„
	Vororte	3 955,25	„
	Feuilleton	11 826,53	„
Gerichtskosten		2 418,55	„
Depeschen und Parlamentsberichte		2 932,—	„
Redaktionsbibliothek		1 191,05	„
	Zusammen	128 004,95	Mk.
Dazu kamen im einzelnen nicht angegebene „Diverse" z. B. Miete, Hilfspersonal, Porti usw., im Betrage von		70 000,—	„
Insgesamt also eine Ausgabe von		198 004,95	Mk.

Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem „Vorwärts" nahm weiter zu. Während bei andern Berliner Zeitungen die Abonnentenzahl immer mehr stieg, nahm die Zahl der „Vorwärts"leser ab.

Die Einsetzung einer Reorganisationskommission.

Es gab schließlich nur noch eine Stimme über den „Vorwärts": So, wie bisher, könne es nicht weitergehen. Deshalb wurde im Jahre 1913 eine Reorganisationskommission in Berlin eingesetzt, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand beraten sollte, wie dem weiteren Abonnentenschwund gesteuert werden könnte durch gründliche Reformen und Ausbau der Redaktion. Im Gegensatz zur Redaktion wurde allgemein

anerkannt, daß der „Vorwärts“ der dringend erforderlichen einheitlichen Leitung ermangele und daß deshalb so schnell als möglich ein Chefredakteur angestellt werden müsse. Inzwischen brach der Krieg aus, und nun häuften sich die Beschwerden über den „Vorwärts“ immer mehr.

Der „Vorwärts“ im Krieg.

Die bisherige „Vorwärts“-Redaktion sucht den Anschein zu erwecken, als ob sie während der ganzen Kriegsdauer eine vollkommen einwandfreie, klare, „prinzipielle und grundsätzliche“ Stellung eingenommen habe. Das ist absolut unwahr.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik, um das vorweg zu nehmen, versagte die Redaktion zunächst vollkommen, so daß die heftigsten Klagen kamen. In einer gemeinsamen Sitzung am 22. September 1914, zu der eingeladen waren die Redaktion des „Vorwärts“, der Parteivorstand, die Preßkommission, die Generalkommission, die Berliner Gewerkschaftskommission und der Geschäftsführende Ausschuß von Groß-Berlin, wurde eingehend darüber verhandelt. Ganz allgemein wurde unter anderem sehr energisch, wenn auch milde in der Form, verlangt, daß der „Vorwärts“ „mehr wie bisher“ den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen seine Aufmerksamkeit widmen soll.

Tatsache ist, daß trotzdem auch im weiteren Verlaufe des Krieges, besonders in der Ernährungsfrage, der „Vorwärts“ in gar keiner Weise den Aufgaben gerecht geworden ist, die ihm als dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei und dem einzigen Arbeiterblatt Berlins ganz naturgemäß oblagen.

In der eigentlichen Kriegspolitik war seine Haltung überaus schwankend. Man braucht nur seine Haltung im Jahre 1916 zu vergleichen mit der in den ersten Kriegsmonaten 1914, dann tritt sein absolut zwiespältiges Verhalten geradezu erschreckend zutage.

Am 25. August 1914 schrieb der „Vorwärts“ nach den großen kriegerischen Erfolgen im Westen:

> „Wir haben diesen Sieg erwartet. Kein anderer Staat hat so wie Deutschland alle Kräfte, nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen, in den Dienst der militärischen Organisation gestellt. Wie Deutschland die beste industrielle Organisation, die besten gewerkschaftlichen und politischen Vereinigungen hat, so auch den besten Kriegs- und Herrschaftsapparat. Und dazu kommt die Ueberlegenheit der Technik und die Uebermacht des großen Volkes.“

Daß der „Vorwärts“ den Krieg als Verteidigungskrieg für Deutschland einschätzen gelernt hatte, lassen folgende Sätze zur Genüge erkennen:

> „Doch eine Sorge bewegt uns, freilich die größte, ernsteste, die Sorge um die Existenz und ungehinderte Selbstbehauptung der deutschen Nation, die ist durch den bisherigen Gang der Ereignisse von uns genommen und wird, so hoffen wir mit Zuversicht, nicht mehr wiederkehren.“

Was das deutsche Volk bei dem Kriegsausbruch so begeistert hatte, war nach dem „Vorwärts“ dies:

„Befreiung vom Moskowitertum, Freiheit und Unabhängigkeit für Polen und Finnland, freie Entwicklung für das große russische Volk selbst, Lösung des unnatürlichen Bündnisses zweier Kulturnationen von der zaristischen Barbarei, das war das Ziel, das das deutsche Volk begeistert und opferbereit gemacht hat.“

Nach der Schlacht bei Tannenberg schrieb der „Vorwärts“ am 31. August:

„Auf jeden Fall können wir uns aber des Sieges freuen, den unsere Brüder im Waffenrock über die Zarentruppen errungen haben. Mögen ihre Aufopferung und ihr Mut auch fernerhin von Erfolg gekrönt sein, ein Erfolg, der uns nicht nur von der Invasion des Moskowitertums befreit, der uns vielmehr auch nach dem Kriege den Aufstieg zu höherer politischer und sozialer Kultur ermöglicht.“

Einen Tag später schrieb er:

„Freude und Begeisterung über die ersten militärischen Erfolge, — gewiß, die wird man nach all dem verstehen können.“

Dem Reichskanzler, der gesagt hatte, daß die Sache der Freiheit der europäischen Völker und Staaten dem deutschen Schwerte anvertraut sei, jubelte der „Vorwärts“ am 15. September so zu:

„Wenn dies das Programm der deutschen Regierung ist, das sie im Ernst und in der Wahrheit durchzuführen bestrebt sein will, dann darf man davon mit aufrichtigster Genugtuung Kenntnis nehmen. . . . Man muß aus ihnen heraushören, was die Sozialdemokratie von jeher als einziges Ziel aufgestellt hat, das diesem Kriege etwas wie eine Rechtfertigung vor der Kultur geben könnte: die Zusicherung, daß dieses gewaltige Ringen jenen Völkern, die in der Knechtschaft anderer, mächtigerer seufzen, die Befreiung von dem fremden Joche bringen soll. . . . Mit einem solchen Kampfziel, vorausgesetzt, daß es der deutschen Regierung gelingt, die Oeffentlichkeit von ihrem Festhalten daran zu überzeugen, muß der Sieg leichter werden als mit jedem anderen. Für einen Frieden auf dieser Grundlage würden die breiten Massen der Bevölkerung geschlossen, mit Jubel, eintreten. . . . **Wahrlich, das Wort des Kanzlers ist gut!**“

Der „Vorwärts“ wollte auch nur einen „ehrenvollen“ Frieden schließen und **endgültig siegen!** Er schrieb am 6. Oktober 1914:

„Es ist für alle verantwortlichen Stellen bei uns, es ist ebenso auch für die Truppen, die für uns draußen im Felde stehen, wohl selbstverständlich, daß Deutschland nur einen ehrenvollen Frieden schließen kann. . . . Das wäre der reichste Lohn jener Braven, die dort jetzt seit vier Wochen in Wind und Wetter im Hagel der Geschosse aushalten, — diese nahe Aussicht, nach all dem Ungeheuerlichen an Mühen und Entbehrungen wieder heimwärts ziehen zu können zu den Ihren, die sie so lange entbehrt haben, — wenn sie natürlich, soll es so sein, auch entschlossen sind, noch lange weiter ihre Pflicht zu tun wie bisher, — **so lange, bis der Sieg endgültig unser ist!**“

Es ist selbstverständlich, daß man „durchhalten" muß, wenn man erreichen will, was der „Vorwärts" sich als Kriegsziel gesteckt hatte, deshalb gab er — der „Vorwärts" — die entsprechende Parole aus:

„Denn wie man in den Krieg auch hineingekommen ist, ob es ein Krieg ist, der gleichsam aus der Notwendigkeit der Entwicklung entspringt, oder ein Krieg, der aus Leichtsinn herbeigeführt worden ist, ein gerechter oder ein ungerechter Krieg also, um diese für ein Weltgeschehen freilich nicht ganz zutreffenden Bezeichnungen zu gebrauchen: ist der Krieg einmal da, so muß er auch von denen, die ihm aus der Gesamtheit und Geschlossenheit ihrer Weltauffassung widerstreben, **durchgehalten** werden."

Dem Kaiser hatte der „Vorwärts" übrigens schon längst zuvor ein glänzendes Zeugnis ausgestellt, nämlich am 30. Juli 1914 dieses:

„Wie die Dinge liegen, fällt von Wilhelm II. die Entscheidung. So unverschleiert prinzipielle Gegner der Monarchie wir allezeit gewesen sind und sein werden, so bitteren Kampf wir häufig gegen den temperamentvollen Träger der Krone führen mußten, so unumwunden erkennen wir, heute ja nicht zum ersten Male, an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung, namentlich in den letzten Jahren, als aufrichtiger Freund des Völkerfriedens bewährt hat. Sofern es menschlicher Fähigkeit und gutem Willen überhaupt gegeben wäre, souverän die Geschicke von vielen Millionen im Sinne der Menschlichkeit und der Vernunft zu entscheiden, brauchten die Befürchtungen in der augenblicklichen Lage nicht zu groß zu sein. Aber auch der tatkräftigste Mensch ist Einflüssen nicht unzugänglich."

Diese paar Beispiele genügen vollkommen, um die Behauptung, daß der „Vorwärts" im Verlaufe des Krieges vom Pfade der Prinzipien und Grundsätze nicht um Haaresbreite abgewichen sei, in die richtige Beleuchtung zu rücken.

Als eine Tatsache von besonderem Reiz sei nur noch verzeichnet, daß der „Vorwärts"-Redakteur Stadthagen am 2. September 1914 Vertretern des Oberkommandos gegenüber ein Protokoll unterzeichnet hat, das nach seinen eigenen Niederschriften folgendermaßen aussieht:

„Zum Schluß wurde ich gefragt, ob ich dem Wunsch des Oberkommandos, daß die Einheitlichkeit der patriotischen Begeisterung nicht gestört werde, nachkommen wolle und das unterschreiben wolle. Ich erwiderte, **daß selbstverständlich wir ja stets die Einheitlichkeit der Begeisterung,** die allerdings bei uns viel ernsthafter sei, **gepflegt hätten und es auch ferner tun würden.** Es wurde dann etwa folgender Satz geschrieben und von mir unterschrieben (der Satz wurde dem schon fertiggestellten Protokoll, welches die Eröffnung des Oberbefehlshabers enthält, zugefügt): **Ich kann versichern, daß ich dem Wunsch des Oberkommandierenden, daß die Einheitlichkeit der patriotischen Begeisterung nicht gestört werde, nachkommen werde und glaube bisher schon alles getan zu haben, um die patriotische Begeisterung nicht nur nicht zu stören, sondern zu beleben."**

Das Verhalten Stadthagens war so würdelos, daß auch seine Redaktionskollegen dagegen Einspruch erhoben. Der Parteivorstand hat selbst-

verständlich, sobald ihm das Verhalten Stadthagens zur Kenntnis gekommen war, dagegen Stellung genommen.

Je länger der Krieg dauerte und je schwieriger die Lebensverhältnisse wurden, um so mehr nahm die Kriegsmüdigkeit zu. Mit der Kriegsmüdigkeit steigerte sich aber leider keineswegs die Aussicht auf baldigen Frieden. Unsere Feinde beriefen sich vielmehr ganz offen auf die Schwierigkeiten bei uns, auf die wachsende Uneinigkeit und auf die immer stärker hervortretende Sehnsucht nach dem Frieden. „Das wird immer schlimmer werden," riefen sie aus, „wir brauchen also nur auszuharren und Deutschland liegt am Boden." Auf dem Weihnachtskongreß der französischen Sozialisten im Jahre 1915 wurde direkt von den deutschen Sozialisten verlangt, daß sie zur Schwächung ihres Landes zu „Taten" übergehen sollten. Die französischen Sozialisten wurden dagegen aufgefordert, nicht nur im Ministerium zu verbleiben, sondern der Fraktion wurde es ausdrücklich zur Pflicht gemacht, auch fernerhin alle Kriegskredite zu bewilligen **„als Mittel zum Siege"!**

Anstatt seinen Lesern reinen Wein einzuschenken, hat der „Vorwärts" eine Taktik eingeschlagen, die nicht nur für die deutsche Sozialdemokratie verhängnisvoll geworden ist. Schließlich bekannte sich die „Vorwärts"-Redaktion ganz offen zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und redigierte das Zentralorgan der Partei dementsprechend einseitig.

Ihre Reichstagsbetrachtungen ließ sie erst durch den Abg. Rühle schreiben, obwohl er als Angehöriger der Spartacusgruppe ganz offen zur Parteispaltung aufgefordert hatte; dann von dem Abg. Dittmann, der noch einseitiger berichtete als Rühle.

Die Verhältnisse spitzten sich immer mehr zu.

Artikel, die bekannte Wortführer der Parteimehrheit dem „Vorwärts" einschickten, wurden unter den nichtigsten Vorwänden zurückgewiesen. Kam ein Mehrheitsvertreter einmal zu Wort, so zumeist erst nach langen Auseinandersetzungen. Fast immer aber wurden den betreffenden Artikeln gehässige Bemerkungen beigegeben. Der Parteivorstand erhielt immer häufiger Beschwerden von Genossen der Mehrheit, die sich über rücksichtslose Unterdrückung ihrer Meinungsfreiheit im „Vorwärts" beklagten. Der Parteivorstand mußte diese Beschwerden als berechtigt anerkennen, konnte aber gegen den geschlossenen Widerstand der Preßkommission und der Redaktion nichts ausrichten, so daß er schließlich, angesichts der offenkundigen Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen, selbst darauf verzichtete, die Beschwerden weiter zu verfolgen. Gegenüber den Beschwerdeführern sah er sich zu dem Geständnis gezwungen, daß er zwar ihre Klagen als berechtigt anerkenne, daß er aber, wenn er den äußersten Konflikt im Interesse der Parteieinheit vermeiden wolle, gegen den Terrorismus der Redaktion ohnmächtig sei. Er könne anderen nicht zum Wort in einem Blatte verhelfen, in dem er, abgesehen von den offiziellen Aufrufen, selbst nicht zum Worte komme.

Einer der Beschwerdeführer war der Genosse Cunow, der, viele Jahre hindurch Redakteur des „Vorwärts", jetzt noch sein vertraglich verpflichteter Mitarbeiter ist. Auch diesem Kollegen machte es die Redaktion wiederholt unmöglich, seine Meinung im „Vorwärts" zur Geltung zu bringen! Wiederholt mußte Cunow in das „Hamburger Echo" flüchten.

Sehr grell werden die Zustände, die sich schließlich entwickelt hatten, beleuchtet durch den Fall des Genossen Otto Braun.

In Abwehr einer im „Vorwärts" veröffentlichten Erklärung einzelner Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtages schrieb Braun eine kurze Entgegnung, die zu einer Polemik mit dem Redakteur des „Vorwärts", Genossen Ströbel, führte. Als dieser nach einigen Ausflüchten gezwungen wurde, die „sozialistischen Grundsätze und Kongreßbeschlüsse" näher zu bezeichnen, die die Mehrheit der Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten angeblich verletzt haben soll, und Braun nunmehr in einem Artikel die Hinfälligkeit dieses Vorwurfs darlegen wollte, da schloß die Redaktion die Debatte und lehnte den Abdruck des Artikels ab. Die Beschwerde Brauns gegen die Redaktion wegen dieser Mundtotmachung wies die Preßkommission, ohne von dem Inhalt des ihr eingereichten Artikels Kenntnis zu nehmen, kurzerhand ab. Die Kontrollkommission hat später die Beschwerde einstimmig für begründet erklärt. Indes, der Zweck der Uebung, die Unterdrückung des Artikels, war erreicht.

Diese zwei Hinweise dürften vollkommen genügen zur Kennzeichnung eines Zustandes, wie er wohl in der Geschichte keiner Partei erhört ist. Die größte Partei Deutschlands verfügte in der Reichshauptstadt über kein einziges Organ, das die von ihrer Leitung und ihrer Reichstagsfraktion eingehaltene Politik publizistisch vertrat. Während die Konservativen und die Liberalen über eine ganze Reihe täglicher Zeitungen verfügten, ja selbst die Zentrumspartei in Berlin zwei Tageszeitungen herausgab, gab es in Berlin nur ein sozialdemokratisches Minderheitsblatt, das eifersüchtig über die Wahrung seiner Richtung wachte und das der Parteimehrheit nahezu jede Möglichkeit einer publizistischen Vertretung engherzig verschloß.

Der abgelehnte Verständigungsvorschlag.

Da der „Vorwärts" nur noch Minderheitsorgan war, wurde er in der Oeffentlichkeit kaum beachtet. Das Zentralorgan war im Begriff, jede Bedeutung für die Oeffentlichkeit einzubüßen. Dem nach Möglichkeit entgegenzuwirken, sah der Parteivorstand als seine Pflicht an. Er machte deshalb im Juni 1916 den Vorschlag, den „Vorwärts", das Zentralorgan der Partei, vom „Berliner Volksblatt" zu trennen, um beiden Teilen, nämlich der Gesamtpartei und den Berliner Genossen, zu ihrem Recht zu verhelfen. Nach diesem Vorschlag konnten beide Blätter einen großen Teil des Textes gemeinsam benutzen, so die Parlamentsberichte, Berichte über Kongresse aller Art, Versamm-

lungen, Stadtverordnetensitzungen usw. Außerdem könnten gemeinsam benützt werden das Feuilleton, Vermischtes, Soziales und Inserate. Vollkommen selbständig hätte für jedes Blatt natürlich die politische Redaktion sein müssen. Der „Vorwärts" sollte unter Weglassung des jetzigen Untertitels „Berliner Volksblatt" als „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" erscheinen, während wir für das „Berliner Volksblatt" den Untertitel empfahlen „Organ der sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin". Wir schlugen weiter vor, daß der Preis für beide Blätter der gleiche sein sollte und daß die Aenderungen rechtzeitig im „Vorwärts" bekanntgegeben werden sollten, damit jeder Abonnent bestimmen konnte, ob ihm die Zeitungsausträgerin von einem bestimmten Termin an den „Vorwärts" oder das „Berliner Volksblatt" bringen sollte. Daß die gleiche Spedition beide Blätter zu expedieren, dieselben Austrägerinnen beide Blätter auszutragen gehabt hätten, war gleichfalls selbstverständlich. Auf weitere Einzelheiten braucht hier nicht eingegangen zu werden. Das Mitgeteilte zeigt deutlich genug, daß ein durchaus gangbarer Weg, der beiden Teilen gerecht wurde, in Vorschlag gebracht war.

Der Vorschlag wurde am 19. Juni in einer Sitzung gemacht, an der außer dem Parteivorstand und der Preßkommission auch der Zentralvorstand teilnahm. Das Mitglied des Parteivorstandes, das den Vorschlag unterbreitete, schloß seine Rede nach dem Protokoll mit diesen Sätzen:

„Ich bitte dringend, die Vorschläge ohne Voreingenommenheit zu prüfen. Sie sind zweifellos geeignet, aus dem jetzigen unhaltbaren Zustande herauszukommen."

Der nächste Redner war der Genosse Eichhorn, der damalige Vorsitzende der Preßkommission. Er meinte zu diesem Vorschlage:

„Wenn damit der erste Schritt zu einem eigenen Berliner Organ gemacht würde, sei er zu begrüßen. Die Preßkommission müsse über den Vorschlag beraten."

Die Genossen Däumig und Ad. Hoffmann sprachen für die Vertagung, damit die einzelnen Körperschaften über den Vorschlag verhandeln könnten. Die weitere Aussprache schien alle Hoffnungen auf eine Verständigung zu rechtfertigen. Der Parteivorstand gab sich der Erwartung hin, daß ein gangbarer Weg gefunden sei, dem auch die Berliner Körperschaften beitreten würden im Interesse der Partei. Ad. Hoffmann sprach damals noch den Wunsch aus, daß während der Zeit der weiteren Verhandlungen über den „Vorwärts" alle Reibungspunkte vermieden werden möchten. Genosse Witzke wurde ganz deutlich:

„Mit den gemachten Vorschlägen sei die „Zensur" des Parteivorstandes durch den Genossen Müller nicht beseitigt. Darauf käme es zunächst an. Man müsse davon Abstand nehmen, die Zensur weiter ausüben zu lassen."

Der Parteivorstand erklärte, daß er, um wiederum zu zeigen, wie sehr ihm eine Verständigung am Herzen liege, bereit sei, auf die weitere Ausübung der sogenannten Zensur zu ver-

zichten. In der Erwartung, daß die Redaktion von der Aufnahme parteischädigender Notizen und Artikel, derentwegen Genosse Müller nur in den „Vorwärts“ gehe, Abstand nehme.

Nachdem die sogenannte „Zensur“ aufgehoben war, nahmen sich die Berliner Instanzen auffallend viel Zeit, Stellung zu dem geschilderten Vorschlag zu nehmen, den der Parteivorstand sofort zu dem seinigen gemacht hatte. Es bedurfte erst mehrfacher mündlicher und schriftlicher Mahnungen an den Vorsitzenden der Preßkommission, bevor der Parteivorstand erfuhr, was aus seinem Vorschlag geworden sei. Endlich am 15. August, also nach zwei Monaten, kam ein Schreiben an, das folgenden Inhalt hatte:

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
W. G.! Berlin, Lindenstr. 3.

Zu den ferneren Verhandlungen über die Regelung der „Vorwärts“-Frage unterbreiten Preßkommission und Geschäftsführender Ausschuß folgenden Vorschlag:

Die Genossen Groß-Berlins verzichten auf den Titel:
„Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei“.

Der „Vorwärts“ geht, so wie er ist, in die alleinige Verwaltung der Berliner Genossen über und wird ihr Lokalorgan unter Ausschluß eines irgendwie gearteten Konkurrenzorgans in Groß-Berlin.

Die Druckerei des „Vorwärts“ (Paul Singer u. Co.) ist anerkanntes Eigentum der Berliner Genossen, sie soll durch formal-rechtliche Akte den Genossen Groß-Berlins sichergestellt werden.

In Rücksicht darauf, daß eine Anzahl Mitglieder der Preßkommission am Tage ihrer Arbeit nachgehen müssen, wird gebeten, die Verhandlungen, wenn irgend möglich, in die späten Nachmittagsstunden verlegen zu wollen.

Mit Parteigruß
Der Geschäftsführende Ausschuß.
J. A.: Adolf Hoffmann.

Diese Antwort auf unsern sachlich wohlbegründeten Vorschlag mußten wir nicht nur als glatte Ablehnung ansehen, sondern auch als eine Verhöhnung empfinden. Unser Verständigungsversuch war damit gescheitert.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Berliner „Instanzen“ den Vorschlag des Parteivorstandes **den Berliner Parteigenossen gar nicht zur Kenntnis gebracht haben,** weder durch ihr „Mitteilungsblatt“ noch in den Zahlabenden, obwohl sie die Erörterung unter sich wochenlang hingezogen haben. Erst nachdem der Parteivorstand im „Vorwärts“ am 1. November seinen Vorschlag veröffentlicht hatte, nahm auch das „Mitteilungsblatt“ notgedrungen Notiz davon. Die Berliner „Instanzen“ haben wohl befürchtet, daß die Berliner Parteigenossen den Plan vielleicht nicht von der Hand weisen würden; deshalb verschwiegen sie ihn geflissentlich.

In der Parteipresse ist von Berliner Redakteuren der Versuch gemacht worden, den Vorschlag des Parteivorstandes zu verdächtigen. Es wurde u. a. in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 7. November 1916 gesagt:

„. . . Das Organ des Parteivorstandes sollte nicht nur der Nutznießer der Inserate sein, die dem „Vorwärts“ als „Berliner Volksblatt“ zugedacht waren usw.“

An das Parteiinteresse hat der Parteivorstand bei seinem Vorschlag gedacht, nicht an eine Nutznießung an Inseraten. Aber bevor auch nur ein Wort über Details mit dem Parteivorstand verhandelt worden war, haben ja die Berliner Instanzen den gutgemeinten Vorschlag höhnisch abgelehnt. In dem erwähnten Artikel der „Leipziger Volkszeitung" schreibt der Berliner Verfasser noch folgenden bemerkenswerten Satz:

„Die Berliner Genossen sollten dem Parteivorstand zu einem offiziellen Organ, das parteipolitisch gegen sie arbeitet, verhelfen, ohne daß der Parteivorstand außer dem parteipolitischen Risiko auch nur das materielle Risiko übernahm. Das war doch eine Zumutung, an die — sagen wir einmal milde: — Gutmütigkeit der Berliner Genossen, die nicht ihresgleichen hat."

Die Darstellung der angeblichen Absichten des Parteivorstandes ist vollkommen unsinnig. Aber würden denn die Berliner Instanzen auf den Vorschlag des Parteivorstandes eingegangen sein, wenn ihre absolut unberechtigten Bedenken über das Nichtrisiko des Parteivorstandes zerstört worden wären? Natürlich nicht, denn: die Berliner Genossen sollten ja angeblich dem Parteivorstand zu einem Organ verhelfen, das parteipolitisch gegen sie arbeitet! So eine „Zumutung an die — sagen wir milde —: Gutmütigkeit der Berliner Genossen"!

Was aber verlangten dieselben Körperschaften, wie wir weiter unten noch sehen werden, vom Parteivorstand? Er sollte den Berliner Instanzen nicht nur wieder zu dem verbotenen „Vorwärts" verhelfen, der im Kampfe gegen den Parteivorstand und die Parteimehrheit seine hervorragendste Aufgabe sah, sondern er sollte auch eines seiner Mitglieder in die Redaktion des „Vorwärts" schicken, damit es darüber wachen könne, daß dem „Vorwärts" nichts passiert, wenn er in seinem Kampf gegen die Partei und deren Vorstand vom Leder zieht. Wenn man sich schon einmal auf den — „Gutmütigkeitsstandpunkt" der „Vorwärts"-Verteidiger stellt, dann sollte man dem Parteivorstand schließlich auch nicht mehr — „Gutmütigkeit" zumuten als den Berliner Genossen.

Die „Vorwärts"-Verbote.

Im Verlaufe des Krieges ist der „Vorwärts" bisher viermal verboten worden. Am bemerkenswertesten waren das zweite und vierte Verbot wegen der Begleitumstände. Wir kommen zunächst auf das zweite Verbot zurück. Am 28. September 1914 ging den Abonnenten des „Vorwärts" folgende Mitteilung zu:

An die Abonnenten des „Vorwärts".

Das Oberkommando in den Marken übermittelte uns Sonntag abend 9 Uhr folgende Verfügung: Das Erscheinen des „Vorwärts" wird hiermit bis auf weiteres verboten.

Der Oberbefehlshaber: v. Kessel, Generaloberst.

Berlin SW. 68, den 28. September 1914.
Lindenstraße 3.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts".

Der Parteivorstand intervenierte natürlich sofort, wie immer in solchen und ähnlichen Fällen, aus eigener Initiative, um die baldige Freigabe zu erwirken. Am 30. September fand eine Sitzung statt, an der der Parteivorstand, die Redaktion des „Vorwärts" und der Geschäftsführende Ausschuß von Groß-Berlin teilnahmen. Das Protokoll über diese Sitzung lautet:

Genosse Haase berichtet über die stattgehabten Verhandlungen mit dem R. K. A. (Reichskanzleramt) und mit dem Oberstleutnant v. Berghe vom Oberkommando wegen des Verbots des „Vorwärts". Es wurde vor allem darauf aufmerksam gemacht, wie unangenehm für Deutschland dieses Verbot im Auslande wirken müsse.

Es wurde dann die Mitteilung gemacht, daß die Redaktion aus sich heraus den Vorschlag gemacht habe, daß die Artikel nochmals sorgfältig nachgesehen würden neben der Durchsicht, die der verantwortliche Redakteur zu üben habe. Das wurde als ein Novum angesehen. Gegen die Behauptung, daß der Burgfrieden gewahrt werden müsse, wurde eingewandt, daß der Reichskanzler ausdrücklich zugegeben habe, daß in den Blättern der politischen Parteien der Standpunkt der Parteien zum Ausdruck gebracht werden könne. Das soll auch nicht geändert werden, aber der Burgfrieden solle gewahrt werden. Themata, wie Klassenkampf und Klassenhaß sollten während des Krieges nicht erörtert werden, und ferner sollte ein gehässiger Ton, der zu Polemiken reizen könne, vermieden werden.

Ebert: Zunächst müssen sich die Preßkommission und die Berliner Genossen zu diesen Forderungen erklären. Wenn diese bereit sind, so wollen wir auf diesem Boden Verhandlungen versuchen. Zunächst handele es sich aber darum, daß die Redaktion des „Vorwärts" einverstanden ist.

Die Redaktion verhandelt zunächst allein. —

Hilferding gibt die Erklärung ab, daß unter dem Zwange des Krieges und wegen des Wunsches des Parteivorstandes und der Berliner, den „Vorwärts" unter allen Umständen zu erhalten, die Redaktion mit der gewünschten Erklärung einverstanden sei. Man wolle einen Redakteur mit diktatorischer Gewalt als Zensor einsetzen. In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes habe Ernst erklärt, daß man eventuell ein farbloses Blatt haben wolle.

Ernst: **Die „Vorwärts"-Redaktion muß aus eigenem Willen entscheiden, sie soll sich nicht hinter die Berliner verschanzen.**

Ebert: Ich stelle fest, **daß der Parteivorstand nie eine Erklärung abgegeben hat, daß er eventuell ein farbloses Blatt haben wolle** und daß er **unter allen Umständen den „Vorwärts" erhalten haben wolle.**

Richard Fischer: **Von keiner Aufsichtsinstanz, auch vom Parteivorstand nicht, ist eine solche Erklärung abgegeben worden.** Ich habe für mich persönlich nur in der Zentralvorstandssitzung erklärt, daß **ich** lieber ein bloßes Nachrichtenblatt haben will als gar kein Blatt.

Ernst: Wir müssen von der Redaktion eine einmütige Erklärung verlangen; sie soll nicht sagen, daß sie sich dem Zwange der Berliner gefügt hat. Von einem farblosen Blatt ist von uns nicht gesprochen worden, diese Wendung hat Fischer nur persönlich gegen die Genossin Luxemburg gebraucht. Die Redaktion soll erklären: Wir fügen uns oder wir fügen uns nicht.

Haase: Jede Körperschaft hat für sich zu entscheiden. Keine soll sich auf die andere berufen. Auf alle Fälle kann man eine ganze Menge Dinge im „Vorwärts“ unter dem Parteistandpunkt sagen.

Hilferding: Wir wollen die Verantwortung nicht auf andere abwälzen. Unter dem Zwange des Kriegszustandes sind wir bereit, uns den Bedingungen zu fügen. Wir sind allerdings der Meinung, daß das, was verlangt wird, über die Wahrung des sogenannten Burgfriedens hinausgeht.

Die Redaktion gibt darauf folgende Erklärung ab:

„Unter dem Zwange des Kriegszustandes und ausgehend von dem Wunsche, den Berliner Parteigenossen den „Vorwärts“ zu erhalten, erklärt die Redaktion sich damit einverstanden, **daß auf dem Boden der vom Oberkommando gestellten Bedingungen eine Verständigung herbeigeführt werde.**

Zum Zwecke der Durchführung hat die Redaktion den Genossen **Däumig zum Zensor mit diktatorischer Gewalt eingesetzt und dem Parteivorstand den Wunsch ausgesprochen, seinerseits ebenfalls ein Mitglied zum Zensor zu bestellen.**“

Wir bitten, im Gedächtnis zu behalten, daß zuerst die Redaktion des „Vorwärts“ und dann die zuständigen Berliner Instanzen den Beschluß gefaßt haben, **daß für die Dauer des Krieges von Klassenkampf im „Vorwärts“ nicht gesprochen werden soll, daß**

Genosse Däumig als Zensor mit diktatorischer Gewalt

bestellt und außerdem der Parteivorstand ersucht werden sollte, dem Genossen Däumig eines seiner Mitglieder zur Hilfe beizugeben. Der Parteivorstand widersetzte sich diesen Entscheidungen der Berliner Instanzen nicht, weil sonst die Freigabe des „Vorwärts“ nicht zu erwirken gewesen wäre.

Nachdem so, wie es in dem Berliner Rechenschaftsbericht für 1914/16 auf Seite 52 heißt, zwischen allen Instanzen eine Verständigung erzielt war, hat Genosse Haase mit Zustimmung des Zentralvorstandes folgende schriftliche Erklärung abgegeben:

Berlin, den 30. September 1914.

Auf die an mich gerichtete Zuschrift vom 29. September 1914 erwidere ich:

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat im Einvernehmen mit den Aufsichtsinstanzen den Entschluß bekundet, für die Dauer des Kriegszustandes den „Vorwärts“ unter den geforderten Bedingungen des Oberkommandos zu redigieren.

Bei der Unterredung am 28. September 1914 habe ich davon Kenntnis genommen, daß auch nach der Auffassung des Oberkommandos jede Zeitung die Vorgänge des öffentlichen Lebens und Weltgeschehens unter dem Gesichtspunkt ihrer Weltanschauung zu beleuchten in der Lage sei.

Um die Durchführung der geforderten Bedingungen zu sichern, ist in der Redaktion des „Vorwärts“ unter Zustimmung der Redakteure und Aufsichtsinstanzen die Aenderung getroffen, daß der Redakteur Däumig fortan die Befugnis hat, selbständig

über den Inhalt und Form der in den „Vorwärts“ aufzunehmenden Artikel zu entscheiden. Der Redakteur Däumig wird an den Pressekonferenzen im Reichstag teilnehmen, um direkt Kenntnis von den dort gemachten Mitteilungen zu nehmen. Ein Mitglied des Parteivorstandes wird außerdem dem Redakteur Däumig bei der Durchführung seiner Aufgabe zur Seite stehen.

Mit Hochachtung
Hugo Haase, Mitglied des Reichstags.

An das Oberkommando in den Marken.
Hier.

Das Oberkommando beantwortete die Erklärung mit folgendem Schreiben:

Oberkommando in den Marken.
Sekt. II. b. Nr. 4697.

Berlin C. 2, den 30. September 1914.
Hinter dem Gießhause Nr. 3.

Der Rechtsanwalt Hugo Haase, M. d. R., hat zusammen mit dem Geschäftsführer des „Vorwärts“, Richard Fischer, M. d. R., am 28. dieses Monats um Aufhebung meines Verbotes vom 27. d. M. gebeten. Auf die von mir gestellte Bedingung, daß in Zukunft in Rücksicht auf die mit Kriegsausbruch hervorgetretene Einmütigkeit des Deutschen Volkes das Thema: „Klassenhaß und Klassenkampf“ im „Vorwärts“ nicht mehr berührt werden dürfe, hat Herr Haase durch Schreiben vom heutigen Tage erklärt, daß die Redaktion des „Vorwärts“ im Einverständnis mit den Aufsichtsinstanzen den Entschluß bekundet hat, für die Dauer des Kriegszustandes die Zeitung unter jener von mir geforderten Bedingung zu redigieren und die zur Durchführung derselben notwendigen Maßnahmen innerhalb der Redaktion zu treffen.

Unter diesen Umständen erkläre ich mich bereit, mein Verbot des „Vorwärts“ vom 27. d. M. aufzuheben, ersuche aber, dieses Schreiben an der Spitze der nächsten Nummer der Zeitung zu veröffentlichen.

Der Oberbefehlshaber.
v. Kessel, Generaloberst.

An
die Redaktion des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Am nächsten Tage erschien dann der „Vorwärts“ wieder.

Das dritte Verbot des „Vorwärts“ erfolgte am 26. Juni 1915 aus Anlaß eines Friedensaufrufes, den der Parteivorstand in der Presse veröffentlichte. Das Verbot gab dem Parteivorstand Anlaß zu einer neuen Eingabe an den Reichskanzler, in der nicht nur gegen das Verbot, sondern gegen die Zensur überhaupt sehr entschieden Stellung genommen wurde.

Obgleich der „Vorwärts“ weiterhin zahlreiche Warnungen von der Zensurbehörde erhielt, blieb er doch von einem weiteren Verbot verschont bis zum 8. Oktober 1916. Hier die betreffende Zuschrift vom Oberkommando:

Oberkommando in den Marken, Presseabteilung.
Sekt. Z. Nr. 121 350.

Berlin W. 10, den 8. Oktober 1916.
Viktoriastr. 25.

An den Verlag des „Vorwärts"
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Ausführungen der Redaktion in dem Artikel „Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde" in Nr. 277 des „Vorwärts" vom 8. Oktober 1916 stellen einen schweren Verstoß gegen den Burgfrieden dar.

Ich verbiete daher im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 4b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 das Erscheinen des „Vorwärts" bis auf weiteres.

Es ist Ihnen gestattet, die Tatsache des Verbotes Ihrem Leserkreise ohne Angabe von Gründen und ohne jeglichen Kommentar mitzuteilen.

Der Oberbefehlshaber
gez. v. Kessel, Generaloberst.

Genosse Däumig gab den zuständigen Parteikörperschaften Kenntnis von dem Verbot durch ein Schreiben, in dem er unter anderem sagte:

„Ergänzend will ich bemerken, daß in der Sonntagsnummer der „Freisinnigen Zeitung" ein weit umfangreicherer Auszug aus dem von unserem Duisburger Parteiblatt veröffentlichten Zirkular der Kirdorf-Leute enthalten ist. Ob auch gegen die „Freisinnige Zeitung" eingeschritten ist, entzieht sich meiner Kenntnis."

Diese Bemerkung Däumigs lief auf eine direkte Täuschung hinaus, denn er unterließ es, mitzuteilen, daß die zu dem Auszug gemachten **Ausführungen der „Vorwärts"-Redaktion, die das Verbot herbeigeführt hatten,** in der „Freisinnigen Zeitung" natürlich **nicht abgedruckt** waren. Die Ausführungen der „Vorwärts"-Redaktion zu dem betreffenden Artikel lauteten wie folgt:

„Diesen Ränken der Männer jener Industriezweige, die am meisten am Kriege verdienen, liegt letzten Endes die Furcht zugrunde, daß ein „frühzeitig" geschlossener Friede ihren Kriegsprofiten ein Ende machen würde, weil ihr Profit gedeiht, zetern sie über „Schwächlichkeit" und „Flaumacherei" der Regierung, weil ihre Spekulationen sich noch nicht voll verwirklicht haben, fordern sie den Krieg bis zum Weißbluten, den Krieg bis zum Wahnsinn, ohne Rücksicht darauf, welche Konsequenzen die von ihnen geforderte „zielbewußte" Kriegspolitik haben muß. Natürlich spielen hier auch innerpolitische Gesichtspunkte mit. Den Magnaten der Großindustrie sitzt ebenso wie den Magnaten des Grundbesitzes die Furcht vor einer Demokratisierung der inneren Politik im Nacken. Um dieser Gefahr zu begegnen, wird auch für die innere Politik jene „starke Hand" verlangt, die von der Fronde in der äußeren Politik so schmerzlich vermißt wird. So vereinigen sich rücksichtslose Profitinteressen mit dem festwurzelnden Haß gegen die breiten Volksmassen in einer politischen Aktion, die im gegenwärtigen Augenblick ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint."

Eine Redaktion, die im Einverständnis mit den Berliner Instanzen im Oktober 1914 feierlich versichert hatte, daß sie das

Thema vom Klassenkampf und Klassenhaß nicht mehr berühren werde, hätte sich bei einiger Ueberlegung sagen können, daß das Oberkommando die vorstehenden Ausführungen nicht würde passieren lassen. Das „Vorwärts"-Verbot erfolgte am 8. Oktober, einem Sonntag. Am Montag vormittag schon wurde ein Vertreter des Parteivorstandes beim Chef der Reichskanzlei vorstellig. Wie in allen früheren, nicht nur den „Vorwärts", sondern auch andere Parteiblätter betreffenden Fällen, versprach der Unterstaatssekretär Wahnschaffe, sofort vermitteln zu wollen. Die Gerechtigkeit gebietet, gegenteiligen Behauptungen gegenüber, ausdrücklich festzustellen, daß der Herr Unterstaatssekretär in allen diesen Fällen mit Verständnis und auch meist mit gutem Erfolg die nachgesuchte Vermittlung übernommen hat.

Zu der gleichen Zeit als der Vorstand der Sozialdemokratischen **Partei** Deutschlands eine einflußreiche **politische Reichsbehörde** um ihre vermittelnde Einwirkung auf das Oberkommando ersuchte, wurde der **gesetzliche Vertreter des „Vorwärts"-Verlages,** Genosse Richard Fischer beim **Oberkommando** direkt vorstellig.

Jeder verständige Mensch wird dieses Vorgehen ganz selbstverständlich und zweckmäßig finden. In einer anonymen Broschüre, die den „Gewaltstreich des Parteivorstandes" in einer Aufmachung behandelt, die wir nicht näher zu kennzeichnen brauchen, heißt es aber pfiffig, „daß der Parteivorstand bei derartigen Eingriffen der Zensurbehörde immer nur den Weg zur Reichskanzlei gefunden hat", usw. — — Nur zur Reichskanzlei!

Genosse Fischer hat über seine Verhandlungen, die er mit dem Oberkommando und zwar mit dem Chef des Stabes, Herrn Oberstleutnant v. Berghe geführt hat, in der Preßkommission am 10. Oktober folgende Mitteilungen gemacht:

„Oberstleutnant von Berghe gibt einen historischen Rückblick, wie das Verhältnis des „Vorwärts" zur Zensur sich entwickelt habe, wie seinerzeit die verlangte Garantie gegeben worden sei, wie nach der Erklärung, betreffend Klassenhaß und Klassenkampf, es eine Zeitlang ganz gut gegangen sei; dann seien immer mehr Verstöße vorgekommen und Verwarnungen, und jetzt dieser grobe Verstoß. Se. Exzellenz glaube nicht eher an eine Aufhebung des Verbots herantreten zu dürfen, ehe nicht durch Aenderungen in der Redaktion Garantien für die Zukunft gegeben seien.

Fischer: Darf ich vielleicht um nähere Auskunft bitten, was ich unter der „Veränderung in der Redaktion" zu verstehen habe, beziehungsweise wie Se. Exzellenz sich das vorstellt?

von Berghe: Se. Exzellenz ist der Auffassung, daß mit den Herren, die jetzt das Blatt machen, ein weiteres Zusehen keinen Sinn hat. Die Herren können aus ihrer Haut nicht heraus, ihre Denk- und Ausdrucksweise ist einmal gegeben. Se. Exzellenz muß die Ruhe und Ordnung in Berlin aufrechterhalten und in diesen schweren Zeiten kann er die Verantwortung nicht länger tragen. Soll

der „Vorwärts“ wieder erscheinen, so müssen Garantien durch andere Herren geschaffen werden.

Fischer gibt Erklärungen über das am „Vorwärts“ bestehende Verhältnis zwischen Verlag und Redaktion und schließt: Wenn also die Verständigung mit den in Frage kommenden Instanzen über den zu machenden Vorschlag erfolgt ist, werde ich mir gestatten, eine neue Unterredung mit Ihnen zu erbitten.

von Berghe: Nein, machen Sie diesen Vorschlag schriftlich, wir werden ja dann schließlich doch noch darüber reden müssen.“

Die Preßkommission und die Redaktion des „Vorwärts“ folgerten aus diesen Mitteilungen irrtümlicherweise, daß das Oberkommando die Entlassung der bisherigen Redakteure gefordert hätte. Beide Körperschaften wandten sich infolgedessen gegen eine solche Forderung, die, wie den Genossen Däumig und Adolf Hoffmann auf dem Oberkommando am 21. Oktober erklärte wurde, gar nicht erhoben worden war.

In die Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Reichskanzlei und des Genossen Fischer mit dem Oberkommando wurde leider störend eingegriffen; erstens durch einen Beschluß des Berliner Zentralvorstandes, die beiden Landtagsabgeordneten A. und P. Hoffmann zum Oberkommando zu schicken, und zweitens durch eine sogenannte kleine Anfrage, die der Abg. Stadthagen im Reichstage stellte. Wenn einmal in solchen Angelegenheiten von berufenen Stellen Verhandlungen eingeleitet worden sind, kann jedes Hinzutreten weiterer Unterhändler, selbst wenn es sich um so gewandte Männer wie die Genannten handelt, nur störend wirken. Besonders unangenehm wirkte natürlich die Stadthagensche Anfrage, die folgenden Wortlaut hatte:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Oberbefehlshaber in den Marken am 8. Oktober das Erscheinen des „Vorwärts“ bis auf weiteres „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ verboten hat, weil diese Zeitung in ihrer Nummer vom 8. Oktober durch den Artikel „Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde“ „einen schweren Verstoß gegen den Burgfrieden“ begangen habe?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun, daß in dieser Weise unter Berufung auf den angeblichen „Burgfrieden“ die Freiheit der Presse unterdrückt wird, und welche Schritte gedenkt er ferner zu tun, um endlich die Freiheit der Presse in Deutschland herzustellen.“

Die Antwort lautete folgendermaßen:

„Dem Herrn Reichskanzler ist bekannt, daß der Herr Oberbefehlshaber in den Marken am 8. Oktober 1916 das Erscheinen des „Vorwärts“ bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit verboten hat.

Die Erörterung innerpolitischer und wirtschaftspolitischer Fragen unterliegt nach den auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers für die Zensur ergangenen Richtlinien keiner Beschränkung, sofern dabei gehässige oder die Gesinnung anderer Parteien und Gewerbestände herabwürdigende Auseinandersetzungen vermieden werden.

Der Artikel „Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde“, der zu dem Verbot des „Vorwärts“ Anlaß gegeben hat, enthält derartige, gegen

den Burgfrieden in schärfster Form verstoßende Angriffe und hat damit Zensurmaßregeln geradezu herausgefordert. Der Herr Reichskanzler ist daher nicht in der Lage, bei dem Herrn Oberbefehlshaber in den Marken Schritte zu tun, die auf Aufhebung des Verbots abzielen."

Als Vertreter des Berliner Zentralvorstandes wurden am 12. Oktober die beiden Genossen A. und P. Hoffmann beim Oberkommando vorstellig. Dort haben sie unter anderem um Auskunft gebeten,

„welche Bedingungen das Oberkommando an die Aufhebung des Verbotes knüpfe. Auf die Frage, ob die „Garantie" vielleicht darin bestehen könnte, daß durch Aenderungen in der Ressorteinteilung der Redaktion die Arbeitskraft Däumigs einzig und allein zur Ueberwachung der Zensurvorschriften frei gemacht würde, erwiderten die Herren des Oberkommandos (so heißt es in der vom Zentralvorstand herausgegebenen schon erwähnten anonymen Schrift), daß die Entscheidung darüber dem Oberkommandierenden selbst überlassen werden müsse. Es sei aber wohl angängig, wenn derartige Vorschläge auf schriftlichem Wege dem Oberkommando übermittelt würden. Die Verhandlungen mit dem Oberkommando könnten aber nur durch den gesetzlichen Vertreter des „Vorwärts", den Verleger Fischer, geführt werden. . ."

Damit waren die Genossen Hoffmann vom Oberkommando definitiv verabschiedet. Das Oberkommando verhandelt „nur mit dem gesetzlichen Vertreter" eines verbotenen Blattes. Der Zentralvorstand faßte dann den Beschluß, folgendes Schreiben, datiert vom 12. Oktober, an das Oberkommando zu richten:

„An das Oberkommando in den Marken.

Unter Bezugnahme auf die mit dem Herrn Oberstleutnant von Berghe von den Unterzeichneten heute gepflogenen Unterhandlungen unterbreiten wir hiermit nach Rücksprache mit dem Verleger, Reichstagsabgeordneten Richard Fischer*), und in Uebereinstimmung mit der Vertretung der Berliner Arbeiter das Gesuch, das Erscheinen des „Vorwärts" wieder freizugeben. Die vom Oberkommando verlangten Garantien in der Besetzung der Redaktion sollen in folgender Form gegeben werden:

Bisher waren tätig: Als Lokalredakteur Herr Leid, als Redakteur für Gewerkschafts- und Parteinachrichten Herr John, für Soziales und Gericht Herr Stadthagen, für Vermischtes usw. Herr Wielepp und für das Feuilleton Herr Döscher. Der politische Teil des „Vorwärts" wurde bearbeitet von den Redakteuren Ströbel und Däumig.

In Zukunft soll der Redakteur Däumig von der Arbeit der politischen Redaktion entlastet werden. Damit wäre die Arbeitskraft Däumigs für eine ausschließliche Wahrnehmung und Ueberwachung der Zensurvorschriften freigemacht. Seine Redaktionskollegen und die Mitarbeiter sind verpflichtet, den zensurellen Anweisungen des Herrn Däumig Folge zu leisten.

Damit glauben wir für die Zukunft die Garantie gegeben zu haben, daß die Zensurbestimmungen von der Redaktion des „Vorwärts" eingehalten werden, und das um so mehr, als die Berliner Arbeiter ebenso

*) Der ausdrücklich abgelehnt hatte, diesen Vorschlag zu unterschreiben!

wie Redaktion und Verlag selbst ein lebhaftes Interesse an dem Erscheinen des „Vorwärts“ haben.

Wir bitten ergebenst, die Aufhebung des Verbots der Verlagsfirma oder dem mitunterzeichneten Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann, Blumenstraße 22 (Telephon Königstadt 563), möglichst bald zukommen zu lassen, damit wir der wachsenden Erregung sofort durch Bekanntgabe der Aufhebung des Verbots entgegentreten können.“

Die Spartacusgruppe hat ein „Lucifer“ unterzeichnetes Flugblatt verbreitet, das in sehr heftiger Weise über die Berliner Verbandsleitung herfällt. Das Flugblatt beschäftigt sich mit der „Vorwärts“-Angelegenheit; es wirft der „Firma Ad. Hoffmann u. Comp.“, der der Schreck in die Glieder gefahren sei, vor, daß sie von „fürchterlichster Angst“ ergriffen wurde, denn:

„Wem dies nicht ganz klar ist, der möge an folgendes Vorkommnis denken, das vom Genossen Walcher aufgedeckt wurde, in den Zeitungsberichten aber, wie auch in dem von den Hoffmännern eigens herausgegebenen Informationsmaterial, schämig verschwiegen worden ist. Die Berliner Verbandsleitung Adolf Hoffmann u. Co. hat an das Oberkommando am 12. Oktober ein Schreiben gerichtet, worin sie das Gesuch um Freigabe des „Vorwärts“ damit begründeten, daß durch die Schreibweise der Däumig-Redaktion solche Straßenunruhen, wie in Chemnitz, Hannover, Hamburg usw. (wo Blätter der Richtung Scheidemann erschienen), vermieden worden seien. Die Berliner Verbandsleitung hat also dem Oberkommando die Däumig-Redaktion als Opiat, als Beruhigungspulver für aufgeregte Volksmassen empfohlen; sie hat sich darauf berufen, wie wertvolle Dienste sie der Staatsgewalt hiermit geleistet hat.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, uns in den Streit einzumischen um die einzig richtige und wahre Opposition, der zwischen Ad. Hoffmann und seinen Freunden auf der einen Seite und Spartacus, Lucifer und ihren Freunden auf der anderen Seite ausgebrochen ist. Wir wollen nur beiläufig feststellen, wie das Verhalten der Berliner Verbandsleitung von der „ganz richtigen“ Opposition beurteilt wird.

Der Geschäftsführer Richard Fischer hatte sich geweigert, diesen Vorschlag zu unterzeichnen unter Hinweis auf die Verpflichtungen, die die Redaktion und die Berliner Instanzen bereits im Oktober 1914 eingegangen seien und unter Berufung auf das positive Verlangen des Oberkommandos, daß Garantien jetzt durch andere Herren gegeben werden müßten. Fischer erklärte, daß nach Lage der Dinge das Oberkommando den Vorschlag des Zentralvorstandes als eine Verhöhnung auffassen könnte und dadurch weitere Schwierigkeiten zu erwarten seien. Außerdem könne er diesen Vorschlag dem Oberkommando nicht unterbreiten, bevor nicht der Parteivorstand dazu Stellung genommen habe. Dieser sei davon aber überhaupt noch nicht in Kenntnis gesetzt worden. Am 13. Oktober, am Vormittag des Tages, an dem Stadthagens Anfrage auf der Tagesordnung des Reichstages stand, kamen die beiden Genossen Adolf und Paul Hoffmann in das Bureau des Parteivorstandes, um sich zu erkundigen, was dieser nunmehr zu tun gedenke. Es wurde den beiden Genossen erklärt, daß infolge des Da-

zwischentretens weiterer Unterhändler der Parteivorstand zunächst nichts unternehmen könne, vielmehr abwarten müsse, was das Oberkommando auf das Schreiben des Zentralvorstandes antworten werde.

Die Antwort des Oberkommandos lief am 14. Oktober bei dem Genossen Richard Fischer ein. Sie lautete wie folgt:

Oberkommando in den Marken.
Sekt. Z.

Berlin W. 10, den 14. Oktober 1916.
Viktoriastraße 25.

Das Oberkommando hat in der Besprechung zwischen dem unterzeichneten Chef des Stabes und dem Verleger, Herrn Fischer, als dem gesetzlichen Vertreter des „Vorwärts", die Forderung gestellt, daß eine Aenderung in dem Personal der Redaktion des „Vorwärts" eintrete, welche für die Zukunft die nötigen Garantien böte. Gleichzeitig wurde Herrn Fischer anheimgestellt, mit geeigneten Vorschlägen an Se. Exzellenz den Herrn Oberbefehlshaber heranzutreten. Dieser Standpunkt wird auch jetzt noch eingenommen.

Inzwischen hat der Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend dem Oberkommando mit Schreiben vom 12. dieses Monats Vorschläge über Aenderungen innerhalb der Redaktion eingereicht und dabei auf eine Rücksprache mit dem Verleger, Reichstagsabgeordneten Richard Fischer, Bezug genommen. Das Oberkommando kann indessen, abgesehen davon, daß Herr Fischer der gesetzliche Vertreter des „Vorwärts ist, den Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend zur Führung von Verhandlungen um so weniger als berufen anerkennen, als der „Vorwärts" nicht nur als Organ des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, sondern auch als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands benannt ist, für welches ein Mitglied des Parteivorstandes auch die seinerzeit eingegangene Verpflichtung mit übernommen hat.

Von seiten des Oberkommandos:
Der Chef des Stabes: v. Berghe.

An den
Verlag des „Vorwärts"
z. H. des Herrn Richard Fischer, M. d. R., Berlin.

Am 15. Oktober fand dann eine gemeinsame Sitzung des Zentralvorstandes, der Preßkommission und des Parteivorstandes statt. Adolf Hoffmann berichtete über den Verlauf der Verhandlungen und wünschte vom Parteivorstand zu hören, wie er weitere Verhandlungen mit dem Oberkommando zu führen beabsichtige. Es wurde vom Parteivorstand geantwortet, daß vor allen weiteren Verhandlungen (wie auch Ende September 1914!) zunächst die Preßkommission Stellung nehmen müsse. Der Parteivorstand bitte sie, über folgende Frage zu entscheiden:

„Ist die Preßkommission bereit, auf Grund der Forderung des Generalkommandos, das eine Aenderung in dem Personal der Redaktion des „Vorwärts" verlangt, Verhandlungen mit dem Generalkommando zu führen?"

Es tagten nunmehr die Mitglieder der Preßkommission und der Parteivorstand allein. Nach sehr eingehenden Verhandlungen lehnte die Preßkommission die Bejahung der ihr vorgelegten Frage ab. Sie beschloß weiter einstimmig, daß „ihre Stellungnahme in den Vorschlägen der Abgg. Hoffmann an das Oberkommando gegeben sei".

Die drei Körperschaften, Parteivorstand, Preßkommission und Zentralvorstand, traten dann sofort wieder zusammen. Genosse Adolf Hoffmann verlas nunmehr eine Erklärung, über die der Zentralvorstand und die Preßkommission abstimmen sollten. Dieser Erklärung zufolge wollten die beiden Körperschaften unter bestimmten Voraussetzungen mit einer Aenderung im Personalbestande der Redaktion einverstanden sein. Beide Körperschaften — also auch die Preßkommission, die zehn Minuten zuvor den gegenteiligen Standpunkt eingenommen hatte! — stimmten nunmehr für diese Erklärung. Der Parteivorstand erklärte, daß er Stellung zu dieser Entscheidung nehmen werde, sobald ihm der Wortlaut der Erklärung schriftlich mitgeteilt worden sei.

Am Montag, den 14. Oktober, vormittags 10 Uhr, wurde dem Parteivorstand nachstehende Erklärung überreicht:

Beschluß der Preßkommission und des Zentralvorstandes vom 14. Oktober 1916.

Wir erklären uns mit einer Aenderung im Personalstande der Redaktion einverstanden, wenn

1. die bisherige Haltung des Blattes gewährleistet bleibt,
2. wenn keine Entlassung der jetzigen Redakteure daran geknüpft wird,
3. wenn die vorzunehmende Aenderung nichts Verletzendes für die Redaktion in sich schließt und die Redaktion damit einverstanden ist.

Der Parteivorstand trat sofort zur Beratung zusammen. Das Ergebnis ist aus folgendem Brief zu ersehen:

Berlin, den 16. Oktober 1916.

An den Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins

Hier.

Werte Genossen!

Der Wortlaut des Beschlusses der Preßkommission und des Zentralvorstandes ist uns heute vormittag durch Boten übermittelt worden.

Der Parteivorstand hat in seiner eben stattgefundenen Sitzung dazu wie folgt Stellung genommen:

In dem durch Ihren Beschluß ausgesprochenen Einverständnis mit einer etwaigen Aenderung im Personalstande der Redaktion erblicken wir die Zustimmung zu Verhandlungen über die Forderung des Oberkommandos, die dahin geht, „daß eine Aenderung in dem Personal der Redaktion des „Vorwärts" eintrete".

Im übrigen bemerken wir in bezug auf die Haltung des „Vorwärts", daß nach der Meinung, die der Parteivorstand stets vertreten hat, im Vorwärts", als dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteimehrheit zur Geltung

kommen muß und nicht nur die der Minderheit. Doch das ist eine Angelegenheit, über die nicht mit dem Oberkommando zu verhandeln ist.

Wir sind weiter der Meinung, daß die vorzunehmende Regelung nicht von dem Einverständnis der Redaktion abhängig gemacht werden kann.

Um Verhandlung mit dem Oberkommando ist bereits nachgesucht.

Mit Parteigruß

gez. H. Müller.

Inzwischen hatte Genosse Richard Fischer bereits eine neue Unterredung mit dem Oberkommando. Er berichtet darüber wie folgt:

Fischer: Ich habe mir erlaubt, eine Unterredung zu erbitten, weil über Ihre Forderung zwischen den in Frage kommenden Instanzen eine Verschiedenheit der Auffassung besteht. Einmal bestand ein Mißverständnis darüber, als ob eine Entlassung der Redakteure gefordert worden wäre, von welcher Forderung ich natürlich nicht gesprochen habe, da sie ja nicht gestellt worden ist; dann aber steht meiner Darstellung die Auffassung der Herren A. und P. Hoffmann entgegen, daß unter Aenderung im Personal des „Vorwärts" vom Oberkommando nur eine Aenderung nach den Ressorts verlangt wurde.

Oberstleutnant v. Berghe wiederholt seine damaligen Forderungen und erklärt: Um keine Unklarheit aufkommen zu lassen, sei in dem Brief vom 14. die Forderung nochmals wiederholt worden. Die Auffassung der Herren Hoffmann müsse er für eine Kombination oder vielleicht besser: als Schlußfolgerung ihrer Erklärungen auffassen. Seine Erklärungen hätten keinen Anlaß zu dieser Schlußfolgerung geboten. Allerdings habe er erklärt, daß das Oberkommando keinerlei Einwendungen in bezug auf die Personen der Redaktion gemacht habe, um so weniger, als ja das Oberkommando die Herren und die von ihnen bearbeiteten Teile gar nicht kenne. Dem Oberkommando liege jede Absicht auf Schädigung der Herren ferne. Der in bezug auf Herrn Däumig gemachte Vorschlag sei für das Oberkommando ungenügend, zumal Herr Däumig ja bereits in einem früheren Vorschlag mit dieser Funktion betraut worden sei. Damals sei auch ein Mitglied des Parteivorstandes zugefügt worden, und wenn das inzwischen ausgeschieden sei, so liege darin schon gewissermaßen ein Stück Bruch der getroffenen Vereinbarungen. Das Oberkommando verlange heute nichts anderes, als was es bereits früher verlangt habe. Es verlange aber eine Person, welche für das Oberkommando die Garantie der Erfüllung der gestellten Forderung biete.

Fischer: Wenn nun der Parteivorstand aus seiner Mitte jemand ernennen würde, der die Garantie bieten könne, würde dieser Vorschlag dem Oberkommando genügen, um das Verbot des „Vorwärts" aufzuheben?

Oberstleutnant v. Berghe: Ich glaube, daß ein solcher Vorschlag genügen würde.

Fischer: Ich darf also unsere Unterhaltung dahin zusammenfassen: Der Vorschlag, Herrn Däumig von allen Redaktionsarbeiten zu entbinden und ihm ausschließlich die Durchsicht der Zeitung für die Zensur zu übertragen, wird vom Oberkommando nicht als genügender Vorschlag angesehen. Dagegen würde als genügender Vorschlag gelten, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes damit betraut würde.

Oberstleutnant v. Berghe: Ja, aber die betreffende Person müßte mit Vollmachten ausgestattet sein, welche auch die notwendigen Garantien für uns bieten.

Herr v. Berghe frug weiter, wer wohl die vom Parteivorstand benannte Person sein werde?

Fischer: Da noch keine der in Frage kommenden Instanzen hierüber beraten habe, bin ich außerstande, darüber Auskunft geben zu können.

Oberstleutnant v. Berghe hat in dieser Unterredung Richard Fischer gegenüber betont, es liege gewissermaßen ein Stück Bruch der früheren Abmachungen darin, daß unser Genosse Müller aus seiner Hilfstätigkeit für den von den Berliner Instanzen mit diktatorischer Gewalt ausgestatteten Genossen Däumig **ausgeschieden** sei.

Es sei festgestellt, daß Genosse Müller sich 9 Monate lang der mühevollen Arbeit unterzogen hat, Abend für Abend darüber zu wachen, daß dem „Vorwärts" nichts passiert infolge Mißachtung zensureller Vorschriften. Schließlich wurde es ihm aber absolut unmöglich, diese Tätigkeit weiter auszuüben. Die Redaktion des „Vorwärts", die unausgesetzt das Zentralorgan der Partei in der tendenziösesten Weise redigierte, erklärte sich im Juni 1915 ausdrücklich einverstanden mit einer Flugschrift, in der der Parteivorstand in der infamsten Weise beschimpft, verdächtigt und verleumdet wurde. Man konnte einem Mann von Charakter nicht zumuten, fernerhin eine Tätigkeit auszuüben, die lediglich darin bestand, ein Blatt zu beschützen, das auf das eifrigste bemüht war, die Parteimehrheit, alle offiziellen Vertretungen der Partei und damit den Genossen Müller persönlich zu beschimpfen und zu verdächtigen. Deshalb legte damals Genosse Müller sein Amt im „Vorwärts" nieder. Dem Oberkommando wurde davon Mitteilung nicht gemacht, weil die Befürchtung nahe lag, daß dem „Vorwärts" sonst Schwierigkeiten entstehen könnten.

An diese Tatsachen muß man erinnern, um die dem Oberkommando von den Berliner Instanzen im September 1914 gemachten Zugeständnisse in bezug auf Däumig richtig verstehen zu können. Was dem Oberkommando jetzt — Oktober 1916 — geboten wurde, war ja erheblich weniger als das, was alle Berliner Instanzen im Oktober 1914 bereits zugestanden hatten.

Mit der Preßkommission, die infolge des Krieges zum Teil aus Mitgliedern besteht, die nicht einmal ihrem Vorsitzenden dem Namen nach bekannt sind, und die sich in vollkommener Abhängigkeit vom Zentralvorstand befindet, war zu einer Entscheidung nicht zu kommen.

Sollte das Wiedererscheinen des „Vorwärts" und damit der Fortbestand anderer großer Unternehmungen nicht nur ernstlich in Frage gestellt, sollten nicht Hunderte von Existenzen ruiniert und unabsehbarer politischer Schaden angerichtet werden, dann mußte nunmehr der Parteivorstand eine Entscheidung herbeiführen.

Genosse Däumig war 1914, wie wir auf Seite 18 festgestellt haben, mit diktatorischer Gewalt in der „Vorwärts"-Redaktion ausgestattet worden. Aus den von dem Genossen Hugo Haase unterzeichneten Abmachungen vom 30. September 1914 ist zu ersehen (Seite 18), daß

„Redakteur Däumig fortan die Befugnis hat, **selbständig über den Inhalt und Form der in den „Vorwärts" aufzunehmenden Artikel zu entscheiden.** Ein Mitglied des Parteivorstandes wird außerdem dem Redakteur Däumig bei der Durchführung seiner Aufgabe zur Seite stehen".

Das Oberkommando verlangte jetzt das gleiche. Es lehnte aber den Redakteur Däumig und seine übrigen Kollegen auf Grund der bisher mit ihnen gemachten Erfahrungen ab. Das Oberkommando verlangte Garantien durch „andere Herren", die mit Vollmachten ausgestattet sind. Die Sachlage war also vollkommen klar: Sollte die Freigabe des „Vorwärts" erwirkt werden, dann mußten die Vollmachten, die Däumig innegehabt hatte, nach den Bedingungen des Oberkommandos auf ein Mitglied des Parteivorstandes übertragen werden. Der Parteivorstand erklärte deshalb der Preßkommission am 16. Oktober folgendes:

„Das Oberkommando in den Marken hat in der heute geführten neuen Verhandlung Garantien für die Innehaltung der nach dem zweiten „Vorwärts"-Verbot durch den Brief des Genossen Haase vom 30. September 1914 gegebenen Zusicherungen verlangt, wenn das gegen den „Vorwärts" erlassene Verbot aufgehoben werden soll.

Das Oberkommando hat den auf Däumig bezüglichen Vorschlag des Zentralvorstandes als ungenügend abgelehnt. Es verlangt eine Person, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet wird und auch die nötigen Garantien bietet.

Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß das Wiedererscheinen des „Vorwärts" bald ermöglicht werden muß, da sonst nicht nur die Partei, sondern auch der Verlag und die Druckerei dauernd den schwersten Schaden erleiden würden.

Der Parteivorstand schlägt deshalb der Preßkommission vor:

„Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion des „Vorwärts" ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden."

Die Preßkommission lehnte diesen Vorschlag einstimmig ab und nahm den folgenden Antrag mit allen gegen eine Stimme an:

„Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion des „Vorwärts" ein und erhält die Vollmacht, die Beobachtung der Zensurvorschriften zu überwachen und zu erzwingen."

Das war die Zumutung an den Genossen Müller, in seine frühere, absolut unerträglich gewordene Position zurückzukehren, ohne daß er das Recht gehabt hätte, das dem Genossen Däumig ausdrücklich eingeräumt war: **„über Inhalt und Form der Artikel zu entscheiden".**

Jede weitere Verhandlung mit der Preßkommission erschien danach aussichtslos. Jeder weitere Tag, an dem der „Vorwärts" nicht heraus-

kam, verursachte immer größeren Schaden. Der Parteivorstand war deshalb gezwungen, allein zu handeln, wenn er die Interessen der Partei nicht gründlich vernachlässigen wollte. Er schrieb der Preßkommission am 17. Oktober:

„Die mehrfachen Verhandlungen, die wir in den Tagen des „Vorwärts"-Verbots mit dem Zentralvorstand und der Preßkommission führten, haben ergeben, daß es unmöglich ist, mit diesen Körperschaften zu einer Verständigung über Maßnahmen zu gelangen, die die Aufhebung des „Vorwärts"-Verbots ermöglichen.

Der Parteivorstand glaubt aber nicht länger auf das Wiedererscheinen des „Vorwärts" verzichten zu können, wenn der Partei nicht großer politischer und wirtschaftlicher Schaden entstehen soll, den wir nicht verantworten können.

Deshalb sehen wir uns gezwungen, dem Oberkommando zur Kenntnis zu bringen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion des „Vorwärts" eintreten soll, mit der Vollmacht, über den Inhalt des „Vorwärts" zu entscheiden. Sollte das Oberkommando danach das Verbot des „Vorwärts" aufheben, werden wir zur Durchführung dieser Maßnahme das Erforderliche veranlassen."

Eine Abschrift dieses Briefes ging auch an den Zentralvorstand von Groß-Berlin. Noch am gleichen Tage lief folgende Mitteilung des Oberkommandos ein:

„Nachdem Sie durch Schreiben vom heutigen Tage mitgeteilt haben, daß der Parteivorstand sein Mitglied Herrn Reichstagsabgeordneten Hermann Müller beauftragt hat, in die Redaktion des „Vorwärts" einzutreten, und daß er mit Vollmacht versehen ist, über den Inhalt des „Vorwärts" zu entscheiden, sehe ich in der getroffenen Maßnahme die für die Zukunft nötigen Garantien und hebe hierdurch das Verbot des Erscheinens des „Vorwärts" vom 8. d. Mts. wieder auf.

Der Oberbefehlshaber
von Kessel, Generaloberst."

Vorwärts Buchdruckerei und
Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.,
Berlin SW. 68.

Am nächsten Morgen kam der „Vorwärts" wieder heraus. Sofort begann aber eine wüste Hetze gegen den Parteivorstand, dem man Gewaltstreich usw. vorwarf. Für jeden objektiv urteilenden Parteigenossen ist es ganz klar, daß der Parteivorstand gar nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Freilich verlangt der Parteivorstand von seinem Kollegen Müller, daß er seine Vollmachten anders benutzt, als das von der bisherigen Redaktion geschehen ist. Er soll und wird darüber wachen, daß der „Vorwärts" als das **Zentralorgan** der sozialdemokratischen Partei auch **die Gesamtpartei vertritt.** Der „Vorwärts" war seit geraumer Zeit ausschließlich Organ einer ganz bestimmten Richtung innerhalb der Partei geworden. Er hat infolgedessen seine Leser in geradezu unverantwortlicher Weise einseitig informiert. Die Unduldsamkeit im „Vorwärts", dessen Redakteure jetzt über Vergewaltigung klagen, war beispiellos: auch die Namen der im Felde gefallenen Genossen wurden nicht in der

„Ehrentafel" veröffentlicht, wenn sie von dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow eingesandt wurden —: dieser Vorstand teilte nämlich die im „Vorwärts" vertretenen Anschauungen der Arbeitsgemeinschaft nicht.

Wenn der „Vorwärts" nicht mehr ganz ausschließlich die Meinung einer bestimmten Richtung vertritt, wenn er auch von dem Standpunkt anders urteilender Genossen objektiv Kunde geben will, wie es seine Pflicht ist, **dann soll er lieber zugrunde gerichtet werden!** So wollen es diejenigen, die immer am lautesten von Toleranz und politischer Freiheit sprechen, die aber rücksichtslos alle Genossen, selbst wenn sie jahrzehntelang der Partei ehrlich und erfolgreich gedient haben, maßregeln, sobald sie sich erlauben, eine eigene Meinung zu haben. Die Genossen, die im „Vorwärts" die einseitigste Richtungspolitik vertraten und vertreten wissen wollten, die einen um die Partei so verdienten Genossen wie Eugen Ernst und andere maßregelten, die reden in ihren Flugblättern von ihrem „Kampf um die Demokratie und das Recht". Der Fanatismus einzelner ging soweit, daß sie zwar in der Redaktion des „Vorwärts" weiter ihre Plätze besetzten, draußen aber **offen die Vernichtung des „Vorwärts" forderten.** Es ist selbstverständlich, daß keine Körperschaft, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, solche „Mitarbeiter" weiter beschäftigen kann. Freilich wird nun auch wieder über Maßregelung geschrien und über Gewaltstreiche und dergleichen mehr.

Wir bitten um ruhige und sachliche Ueberlegung. Die „Vorwärts"-Redakteure haben zum Teil hervorragend persönlich mitgewirkt, zum anderen Teil gebilligt, daß die Berliner Genossen Eugen Ernst, Boeske und Th. Fischer aus ihren Aemtern entfernt, also **gemaßregelt** wurden, weil sie im Interesse der Partei ihre eigene Meinung in parteigenössischer Weise vertreten haben. Aber diese ihre Ueberzeugung deckte sich nicht mit der Meinung von Adolf Hoffmann, Ledebour, Stadthagen, Ströbel usw. Also mußten sie gemaßregelt werden! Und die toleranten Genossen vom „Vorwärts" wundern sich, wenn man in der „Vorwärts"-Redaktion auf ihre Mitarbeit verzichtet, nachdem sie ganz offen das Zugrunderichten des Blattes verlangt haben, von dem sie ihre Gehälter weiter beziehen wollten. Ledebour verlangte und setzte im Kreise einseitig informierter Genossen einen Entschluß durch, daß alle Mehrheitsmitglieder des Parteivorstandes durch das ganze Reich hindurch gemaßregelt werden sollten, weil sie — nicht tanzen, wie er pfeift.

Wer sich bemüht, ohne Voreingenommenheit und frei von persönlicher Gehässigkeit den Verlauf des „Vorwärts"streites zu prüfen, der wird zu dem Ergebnis kommen, daß der Parteivorstand in der „Vorwärts"frage nur seine Parteipflicht getan hat. Er mußte, wenn der „Vorwärts" wieder freigegeben werden sollte, notgedrungen die Forderung des Oberkommandos erfüllen und den Genossen Müller mit den Vollmachten ausrüsten, die im Einverständnis mit allen Berliner Instanzen früher

dem Redakteur Däumig eingeräumt worden waren. Damit übernahm der Parteivorstand die Verantwortung für das Zentralorgan der Partei nicht nur dem Oberkommando gegenüber, sondern auch vor der Gesamtpartei. Es ist aber selbstverständlich, daß eine Parteileitung nicht dulden kann, daß zugunsten einer bestimmten Parteirichtung die wichtigsten Interessen der Gesamtpartei mit Füßen getreten werden. Die Fanatiker in der „Vorwärts"-Redaktion und ihre Anhänger aber wollen, daß das Zentralorgan der Partei lieber zugrunde gerichtet wird, als daß es seine Aufgabe gewissenhaft erfüllt. Der „prinzipienfeste" Parteigenosse, der den „Vorwärts" nicht so wünscht, wie ihn die Genossen Stadthagen und Ströbel machen, der soll lieber der **bürgerlichen** Presse zugetrieben werden! Einen anderen Erfolg könnte ja der Boykott gar nicht haben. Denn ein auswärtiges Parteiblatt kann einem Berliner Genossen auf die Dauer unter gar keinen Umständen genügen. Die Berliner Genossen wollen ebenso schnell wie jeder andere Berliner unterrichtet sein über die Weltereignisse, die alle Welt in Spannung erhalten.

Die Pflicht eines jeden Genossen, dem das Wohl der Partei und die Interessen der Arbeiterklasse höher stehen als die Unduldsamkeit und Rechthaberei unbelehrbarer Fanatiker, liegt klar zutage. Es muß nicht nur denen entschieden entgegengewirkt werden, die die wichtigste Waffe der Partei zerstören wollen, es muß vielmehr zur Schärfung dieser Waffe alle Kraft eingesetzt werden.

Die Aufgabe aller Parteigenossen ist es deshalb, unermüdlich und energischer als je zuvor für den „Vorwärts", das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, neue Leser zu werben!

Vorwärts
Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Berlin SW. 68